

Nigeria sieht sich ein Jahr nach der Wiedereinführung der Demokratie einer Zerreißprobe ausgesetzt

Hoffnungsträger für Afrika?

Susanne Greiter

Nigeria, das mit 120 Millionen Einwohnern als „Gigant“ Afrikas geltende Land, beging am 29. Mai dieses Jahres das einjährige Jubiläum der so genannten Vierten Republik. Nach dem – vermutlich gewaltsamen – Tod des weltweit geächteten Diktators Sani Abacha, der das Land seit 1993 mit grausamer Hand unterdrückt hielt, dessen Menschenrechtsverletzungen massive Proteste der internationalen Gemeinschaft auslösten und es in die Isolation trieben, ermöglichte ein im Mai 1998 eingeleitetes straffes Transitionsprogramm demokratische Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Februar des folgenden Jahres. Der im Ausland mit großem Interesse und von vielen ins Land entsandten Beobachtern sowie auch von nigerianischen Bürgerrechtsorganisationen verfolgte Demokratisierungsprozess gab allen, die den Schwarzen Kontinent noch nicht abgeschrieben hatten, neue Hoffnung auf *new winds of change* in Afrika. Dies umso mehr, als Nigeria – schon früher durch seine Teilnahme an Friedensmissionen auf dem Kontinent geschätzt – künftig zu einem dauerhaften Stabilitätsfaktor werden sollte. Ein Jahr nach dem demokratischen Neubeginn in Nigeria erreichen uns neue Schreckensmeldungen aus dem westafrikanischen Land. Die Nachrichten über religiöse und ethnische Zusammenstöße, über

die Welle der Gewalt, die über das Land schwappt, lassen die bange Frage aufkommen, ob der „schwarze Koloss“ nicht nur die Unabhängigkeit von Tyrannen, sondern überhaupt seine Einheit bewahren kann. Sollten Kritiker wie der Leipziger Afrikanist Hartmut Elsenhans Recht behalten, die einen dauerhaften Durchbruch zur Demokratie in Afrika nicht erwarten?

Eine afrikanische Karriere: Hoffnung zwischen Putschen und Kriegen

1960, im „Jahr Afrikas“, feierte Nigeria seine Unabhängigkeit von Großbritannien. Bereits drei Jahre später wurde die Bundesrepublik Nigeria in den Commonwealth aufgenommen. Es besaß natürliche Ressourcen, vor allem das begehrte schwefelarme Öl, an westlichen Universitäten ausgebildete Politiker, und die Welt war beeindruckt von dem friedlichen Umwandlungsprozess von kolonialer Herrschaft zu staatlicher Souveränität. Doch diese Tatsache konnte leicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz des installierten Mehrparteiensystems eine demokratische Gesellschaft mit ausreichenden Partizipierungsmöglichkeiten am politischen Prozess für die Mehrzahl der Bevölkerung weiterhin eine Illusion blieb. Demokratische Vorbilder fehlten weitgehend.

Und wenn auch die ehemalige Kolonialmacht England als eine der ältesten Demokratien gilt, so war die Herrschaftsausübung in den Kolonien weit mehr autokratisch als demokratisch geprägt.

Nigeria wurde den Vorschusslorbeeren in der Folgezeit dann auch nicht gerecht. In seinen 39 Jahren als unabhängiger Staat wurde es bis auf neun Jahre und zwei zivile Regierungen von Militärdiktaturen regiert, stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse wurden nie erreicht. Von Anfang an bis heute kämpft das Land mit Problemen, die als afrikaspezifisch gelten: Korruption und Tribalismus.

1966 beendete eine Gruppe junger Offiziere die erste zivile Regierung mit dem Ziel, das Land von politischen Schwindlern zu befreien. Von Betrug gekennzeichnete Wahlen gingen dem blutigen Putsch, bei dem viele bedeutende Persönlichkeiten, vorwiegend aus dem islamisch dominierten Norden des Landes, ums Leben kamen, voraus. Ethnische und religiöse Eruptionen in den großen Städten Nordnigerias, in denen sich auch ein beachtlicher Teil Nichtmuslime schon seit Generationen angesiedelt hatte, waren die Folge. Der Nord-Süd-Gegensatz beherrscht Nigeria, seit Lord Lugard, der britische Generalgouverneur, im Jahre 1914 die beiden Protektorate Nord- und Südnigeria zusammenlegte. Die mächtigen Emire des Nordens erreichten bei den Briten als Gegenleistung für ihre Loyalität Zugeständnisse wie das Verbot christlicher Missionen. Die Auswirkungen waren fatal: Der Norden verpasste den Anschluss an die westliche Bildung, da die bis heute im Straßenbild auffallenden Koranschulen keinen wirklichen Beitrag zur Alphabetisierung leisten. Nach der Volkszählung von 1991 liegen die Staaten mit der niedrigsten Alphabetisierungsrate alle im Norden, die mit der höchsten im

Süden und Südwesten. Aus dem somit von Anfang an bestehenden Nord-Süd-Gefälle, das sich nicht nur an der Bildung, sondern auch an der unterschiedlichen Ausstattung mit Ressourcen festmacht (der gesamte Ölreichtum befindet sich im Süden), wuchs die Hauptproblematik des Landes. Die drei großen Ethnien (Hausa im Norden, Yoruba im Südwesten und Ibo im Südosten) sowie die etwa 250 kleineren ethnischen Gruppen sind bis heute zu keiner Nation zusammengewachsen. Wie manche Nigerianer ironisch dazu anmerken, sind die fußballbegeisterten Massen nur im Stadion vereint, wo alle Unterschiede und jegliche Feindschaften für die Dauer eines Länderspiels verschwinden.

Nach dem ersten Putsch versuchten die aus dem Osten stammenden und größtenteils christlichen Ibo die Macht zu übernehmen, was die Hausa nicht hinnahmen. Pogrome gegen Ibo im Norden wiederholten sich und forderten über 10 000 Menschenleben. Der Konflikt eskalierte schließlich in dem vom Militärgouverneur der Ostregion, Odu megwu Ojukwu, inszenierten Sezessionsversuch des Ostens. Im Mai 1967 folgte die Proklamation der „Republik von Biafra“. Ein blutiger Bürgerkrieg folgte, der erst im Januar 1970 mit der Niederlage Biafras endete und in dessen Verlauf mindestens eine Million Menschen ihr Leben ließen, die meisten von ihnen erlagen dem Hungertod. Dieser ausführlichere Rückblick auf die erste Dekade des unabhängigen Nigeria soll vor Augen führen, wie nah sich das riesige Land auch im Moment wieder am Rande einer Katastrophe ähnlichen Ausmaßes befindet. Plötzlich taucht in verschiedenen Diskussionen erneut das Schreckenswort Biafra auf. Ojukwu wurde seit den neuen brutalen ethnischen Auseinandersetzungen im Norden des Landes zu einem gefrag-

ten Gesprächspartner. Nicht nur für viele Nigerianer, die den Krieg noch in Erinnerung haben, sondern auch für die westliche Welt tauchen mit Biafra furchtbare Bilder wieder auf, Bilder von verhungern den Kindern, die nicht zuletzt auch deshalb tiefe Spuren hinterließen, weil es wohl die ersten Live-Bilder einer Katastrophe waren, die sehr viele über ihre eigenen Fernsehbildschirme flimmern sahen.

Doch nicht nur dieser Kreis scheint sich im Moment zu schließen. Auch der Name des heutigen, im letzten Jahr demokratisch gewählten Präsidenten, des ehemaligen Generals Olusegun Obasanjo, eines Yoruba aus dem Südwesten, tauchte 1970 erstmals auf. Er beendete als Befehlshaber den Biafra-Krieg und leitete die Versöhnung mit den Ibo ein. Sechs Jahre später gelangte er völlig unerwartet nach einem weiteren Staatsstreich und einem politischen Mord an die Macht. Wie im Wahlkampf des vergangenen Jahres gab Obasanjo auch 1976 die inzwischen zur Standardformel in Afrika mutierte Parole vom Kampf gegen die Korruption aus. Tatsächlich gewann er damit an Glaubwürdigkeit innerhalb und außerhalb seines Landes. Er wechselte die Staatskarossen aus, stieg von Mercedes auf Peugeot um, und seine Landsleute nehmen an, dass er verhältnismäßig wenig von seinem Amt profitiert hat. Später wurde er sogar zu einem der Gründungsväter der in Berlin befindlichen Anti-Korruptions-Organisation Transparency International. Der entscheidende Faktor seiner ersten Regierungsperiode als Militärmachthaber Nigerias, der ihn über zwanzig Jahre danach noch integer erscheinen ließ, war die konsequente Rückkehr zur Demokratie. 1978 wurde eine neue Verfassung verabschiedet und noch im gleichen Jahr die von den Militärs verbotenen politischen Parteien wieder zugelassen.

Obasanjo galt daher nach den Wahlen 1979 bis zu seiner Amtseinsetzung als Präsident der Vierten Republik 1999 als einziger Militär in der Geschichte seines Landes, der freiwillig die Macht einer zivilen Regierung übergeben hatte.

Warum im vergangenen Jahr viele Beobachter der Transitionsperiode und der abschließenden Wahlen ihre Skepsis trotzdem nicht losließ und warum viele von einem echten Neubeginn nur wenig überzeugt waren, lag nicht allein in der Tatsache des vielfach konstatierten Wahlbetrugs und der ernüchternden Wahrnehmung, dass noch immer in Nigeria für Geld nahezu alles zu haben ist, sondern auch darin, dass die politische Bühne weitgehend von „alten Gesichtern“ beherrscht wurde, Persönlichkeiten, die alle ihren Teil zu der desolaten Situation im Land beigetragen hatten.

Reichtum und Niedergang

Auch auf Obasanjo trifft das Bild des „guten Generals“ nicht zu. Kritiker behaupten, dass ihm als Yoruba von den einflussreichen Militärs aus dem Norden keine andere Wahl als die der Amtsabgabe gelassen worden sei. Nigerianische Menschenrechtsorganisationen beschuldigen ihn, während seiner Amtszeit die Pressefreiheit beschnitten, Proteste und Demonstrationen gewaltsam unterdrückt zu haben. Man erinnert daran, wie 1977 auf Obasanjos Befehl der in Nigeria als Kultfigur verehrte Afro-Beat-Sänger Fela Kuti misshandelt, sein Haus in Lagos von tausend Soldaten gestürmt, niedergebrannt und seine Mutter ermordet wurde. Ob es seinen Landsleuten genügt, dass der Ex-General sich inzwischen für diese Tat entschuldigt und alle im Namen der Versöhnung zum Vergessen der Untaten der Vergangenheit aufgerufen hat?

Bereits während der siebziger Jahre veränderte Nigeria sein Gesicht. Der Besitz des begehrten schwefelarmen Rohöls und die gestiegenen Ölpreise führten Nigeria zu ungeahntem Reichtum. Die staatlichen Einnahmen stiegen um das Vierunddreißigfache. Lagos wurde zu einer modernen Hauptstadt ausgebaut, der Kapitalismus gefördert. Die überaus problematischen Folgen des Ölbooms erschüttern das Land allerdings bis heute und sie gehören zu den Hauptproblemen, für die die neue Regierung eine Lösung finden muss, um überleben zu können. Die wirtschaftliche Prosperität – Öleinnahmen von fast 25 Milliarden US-Dollar 1980 – kam nur wenigen zugute. Korruption, Amtsmissbrauch und Misswirtschaft prägten das Bild von der Zweiten Republik. Während sich der Anstieg des Bruttosozialproduktes pro Kopf verlangsamte, flossen die Ölgewinne auf ausländische Konten von Regierungsgünstlingen. Während die eingeleiteten Industrialisierungsprogramme auf Hochtouren liefen, verzeichnete die Landwirtschaft einen erheblichen Produktionsrückgang. Dürrephasen und die überbewertete nigerianische Währung führten schließlich zum völligen Zusammenbruch des Exports von Agrarprodukten und zu massiver Landflucht in die großen Städte. Schwankende Weltmarktpreise, aber vor allem der Verfall des Ölpreises 1983 führten die Wirtschaft in eine fast ausweglose Krise. Devisenschulden, Inflation und extremer Produktionsrückgang waren die Folgen. Konkrete Diversifizierungsprogramme der zu 96 Prozent vom Öl abhängigen Wirtschaft fehlen bis heute.

Militärdiktaturen und Terror

1985 betrat ein Mann die Bühne, dem nachgesagt wird, nicht nur den Wahlkampf Oba-

sanjos im vergangenen Jahr weitgehend finanziert zu haben, sondern bis zum heutigen Tag die Fäden hinter der Bühne zu ziehen. Er wird für viele wichtige Ereignisse der jüngsten Geschichte des Landes mitverantwortlich gemacht – Ibrahim Babangida, ein Militär und Muslim aus dem Norden. Zunächst erlangte er aufgrund der Wiedereinführung demokratischer Elemente hohe Popularität. Sogar der nigerianische Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka äußerte sich positiv über den *evil genius*. Aber wie Franz Ansprenger für ganz Afrika konstatierte, blieb die Parole vom Kampf gegen die Korruption in den Militärregimen genauso hohl wie in allen anderen Systemen. Die Untreue von Devisen aus den Öleinnahmen zeigte sogar noch krassere Formen. Alles oblag der Kontrolle von Babangida, der schätzungsweise 12,4 Milliarden US-Dollar verschoben und mindestens vier Milliarden für sich selbst abgezweigt haben soll. Heute ist er ein geschätzter Geschäftspartner. Wenige Tage nach den Wahlen im März letzten Jahres erteilte er einer in Nigeria ansässigen deutschen Firma einen Millionenauftrag. Zudem wird er als Auftraggeber von politischen Morden verdächtigt. Das Land geriet immer tiefer in den Strudel von wirtschaftlicher Krise und Terrorherrschaft.

Dieser Mann aber spielt nun in der Vierten Republik eine entscheidende Rolle, hat dem amtierenden Präsidenten sehr wahrscheinlich zur Macht verholfen oder wenigstens entscheidend dazu beigetragen. So verwundert es kaum, dass viele die Hoffnung auf eine echte demokratische, die gesamte Gesellschaft erfassende Erneuerung des Landes schon aufgegeben haben beziehungsweise der Zukunft nur mit äußerst verhaltenem Optimismus entgegensehen.

Unter Babangida kam es 1993 schließlich doch noch zu Präsidentschaftswahlen,

nach Aussagen internationaler Wahlbeobachter die fairsten und freiesten in der Geschichte Nigerias. Einer der Kandidaten, Moshood Abiola, ein steinreicher Yoruba muslimischen Glaubens, lag in Führung, als Babangida ohne Angabe von Gründen die Stimmenauszählung stoppen und die Wahl annullieren ließ. Mit diesem Akt wurde die vermutlich dunkelste Phase der Tyrannenherrschaft eingeleitet.

Die Annullierung zog Teilsanktionen der Europäischen Union und heftige Ausschreitungen im Südwesten des Landes nach sich, im Verlauf derer viele Menschen ums Leben kamen. Die Ereignisse des Sommers 1993 traumatisierten das Land, das während der Wahlen eine bemerkenswerte Einigkeit zeigte. Abiola war zwar Yoruba, aber gleichzeitig Muslim. Die Tendenz, sich als Nation zu verstehen, wurde durch die Annullierung zerstört. Die ihr folgende Propaganda schürte wieder das Misstrauen unter den Ethnien und Religionen. Die Gesellschaft begann sich zunehmend zu brutalisieren. Der Nachfolger Babangidas, Sani Abacha, galt bis zu seinem mysteriösen Tod – angeblich wurde er von eingeflogenen indischen Prostituierten vergiftet – im Juni 1998 weltweit als einer der rücksichtslosesten Militärdiktatoren. Seine Regierungszeit war gekennzeichnet von einem weiteren Verfall der Wirtschaft, skrupelloser Terrorherrschaft sowie der fast vollständigen politischen Isolierung Nigerias durch die internationale Gemeinschaft.

Die persönliche Bereicherung durch den Tyrannen nahm unvorstellbare Formen an, die Völker des Nigerdeltas, aus dem das Öl stammt, verelendeten dagegen immer mehr. Auf die ständig zunehmende Radikalisierung der im Süden lebenden Völker, auf die Bildung von Umweltschutzgruppen, die die Zerstörung des fragilen Ökosystems des

Deltas und damit ihres Lebensraumes nicht weiter hinnehmen wollten, antwortete Abacha mit brutalen Einsätzen seiner Armee. Dies löste eine bis heute anhaltende Kette von Gewalt und Gegengewalt aus. Morde, Zerstörungen von Pipelines und andere Sabotageakte bis hin zum Kidnapping ausländischer Arbeiter bilden ihre Glieder. Der Terror gipfelte trotz massiver ausländischer Proteste in der Ermordung des Schriftstellers und Gründers des Movement for the Survival of the Ogoni People (MOSOP), Ken Saro-Wiwa, und acht weiterer Ogoni im November 1995.

Die umgehende Suspendierung der Mitgliedschaft Nigerias im Commonwealth konnte Abacha nicht zum Rückzug zwingen, auch deshalb nicht, weil sich die internationale Gemeinschaft nicht zum Einfrieren der nigerianischen Bankkonten im Ausland und zu einem Boykott nigerianischen Öls durchringen konnte. Der heutige Präsident Nigerias, Obasanjo, der sich nach seiner Machtübergabe auf seine Farm zurückgezogen hatte – sich gleichwohl in unregelmäßigen Abständen kritisch zu Wort meldend –, fiel genauso Abachas Häschern in die Hände wie der vermutliche Sieger der demokratischen Wahlen von 1993, Abiola. Sie waren nicht die einzigen, wohl aber prominentesten Opfer, die Abacha offensichtlich gefährlich zu werden schienen, da sie die Massen mobilisieren konnten. Wieder waren jegliche Proteste gegen die Verhaftungen zwecklos. Obasanjo spielte immerhin eine nicht unerhebliche Rolle auf der Weltbühne. In Südafrika war er an ersten Gesprächen zwischen Nelson Mandela und Apartheidpolitikern beteiligt, 1991 wurde er als Kandidat für das Amt des Generalsekretärs der Vereinten Nationen aufgestellt. Schließlich saß er wegen angeblichen Hochverrats in Abachas Kerkern. Jener ver-

schonte nichts und niemanden. Nachdem der Emir von Sokoto, einer der mächtigsten traditionellen Herrscher Nigerias, verhaftet worden war, der Tyrann einem Bericht des Wochenmagazins *Tell* zufolge „eine Lizenz zum Töten“ ausgegeben hatte (ein prominentes Opfer von seinen Killerbanden war Kudirat Abiola, eine der einflussreichsten Ehefrauen des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten), begann unter Intellektuellen, Journalisten und Mitgliedern von Oppositionsgruppen die Angst zu grassieren. Das Land, in erster Linie die quirlige Drehscheibe Lagos, fiel in Agonie.

Politisch-ökonomischer Neuanfang?

Kein Wunder also, dass nach dem Tod Abachas sich im In- und Ausland die Ereignisse zu überschlagen begannen. Die Nummer zwei im Staat, General Abdulsalami Abubakar, übernahm die Macht und begann umgehend mit der Ausarbeitung eines Programms zur Rückkehr zur Demokratie. Da die politische Geschichte des Landes von Demokratisierungsversprechen sowie halbherzigen Transitionsprogrammen der Militärs reichlich bestückt ist, hatte Abubakar es schwer, seine Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Nach der Freilassung vieler politischer Gefangener, dem Aufruf an prominente Dissidenten, nach Nigeria zurückzukehren, und der Bekanntgabe eines schnörkellosen Transitionsprogramms sollte ihm endlich auch die Weltpresse Respekt. Neue Parteien wurden gegründet, den Richtlinien zufolge nicht entlang ethnischer oder religiöser Trennungslinien. Die Parteien gingen allerdings ohne programmatische Aussagen oder ausformulierte Manifeste, sondern eher mit diffusen, angesichts der ökonomischen Lage des Landes teils unglaublichen Versprechun-

gen in den Wahlkampf. Obasanjos Partei, die PDP, setzt sich in erster Linie aus pensionierten Generälen und Offizieren zusammen. An neuen, noch nicht diskreditierten Leitfiguren fehlt es im politischen Gefüge nahezu völlig. Auch der Gegner Obasanjos, Falae, war als Berater des ehemaligen *Head of State*, Babangida, kein unbeschriebenes Blatt.

Letztlich wurde die Wahl wohl von zwei Hauptfaktoren entschieden: einmal durch Geld und zum anderen durch persönliche Sympathien. In der Tat standen Obasanjo und seiner Partei die größten finanziellen Mittel und bedeutende Verbindungen zur Verfügung. Er wurde von der so genannten *Minna-Connection*, einer Gruppe von Hausa-Generälen mit Ibrahim Babangida an der Spitze, unterstützt. Rund fünfzig Millionen US-Dollar sollen aus diesem Topf an die PDP geflossen sein. Diese engen Kontakte zu den Militärs aus Nordnigeria machten Obasanjo vielen suspekt. Schon vor den Wahlen wurde massiv kritisiert, dass nichts aus der Vergangenheit gelernt worden sei. Furcht kam auf, dass die Militärherrschaft nun mit anderen Mitteln weitergeführt werden sollte. Jedoch traute man Obasanjo mehr Unabhängigkeit und Integrationsmöglichkeiten zu als seinem Widersacher Falae, dessen Partei, die AD, als fast ausschließliche Partei der Yoruba gilt und deren Anhänger zum größten Teil im Südwesten beheimatet sind. Obasanjo genießt als Yoruba auch im muslimischen Nordteil des Landes den Ruf, ein Anti-Tribalist zu sein. Ohnehin wird vielfach behauptet, dass niemand in Nigeria ohne gute Verbindungen zu den Militärs überleben könne. Nicht zuletzt aufgrund seines internationalen Renommées sowie seiner engen Beziehungen zum ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter (dieser war mit einer eigenen Wahl-

beobachtergruppe aus dem Carter Center während der Wahlen persönlich zugegen) und dem Ex-Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, genoss Obasanjo in der eigenen Bevölkerung ein höheres Ansehen als sein Kontrahent.

Die Skepsis gegenüber den zur Wahl getretenen alten Eliten, die die Hoffnungen auf einen politisch-ökonomischen Neuanfang niedrig hielt, sowie die offensichtlichen Wahlmanipulationen können zumindest zum Teil die niedrige Wahlbeteiligung und die damit schmale Basis der politischen Legitimation für den neuen Präsidenten erklären. Auch die internationalen Wahlbeobachtergruppen versagten den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen Ende Februar das Prädikat *free and fair*. Gleichwohl wurde das Comeback des Demokratieversuchs begrüßt. Böse Zungen behaupten allerdings, dass viele Länder in erster Linie an den lukrativen Wirtschaftsbeziehungen interessiert seien, die jetzt wieder voll angekurbelt werden könnten. Zu bedenken gilt es zum einen aber auch, dass eine weitere annullierte Wahl sehr wahrscheinlich in eine Katastrophe gemündet wäre, zum anderen wurde das oberste Ziel und der Wunsch der Nigerianer, „The military has to go back to the barracks“, erreicht. Dass sich eine zivile Gesellschaft nach westlichem Demokratieverständnis erst entwickeln müsse und diese Wahlen nur als allererster Schritt in die richtige Richtung gewertet werden können – darüber machten sich wohl nur wenige Illusionen.

Aber nicht nur einträgliche Geschäfte, die in der Tat sofort nach Abachas Tod anließen, sondern auch der Wunsch vieler Länder, allen voran Amerika, Nigeria wieder als Stabilitätsfaktor in der Region und auf dem gesamten Kontinent zu sehen, führten zu einer relativ gemäßigten Einschätzung der

Wahlmanipulationen mit der Aufforderung an die neue Regierung, diese zu untersuchen.

Machtfaktor in Afrika?

Schreckensnachrichten der letzten Jahre, wie die Meldungen über den nicht enden wollenden, überaus blutigen Rebellenkrieg in Sierra Leone, den Staatszerfall in Liberia sowie die Schreckensnachrichten aus der jüngsten Vergangenheit, wie der überraschende Militärputsch in der Elfenbeinküste, die von Gewalt begleiteten Wahlen im Senegal und der sinnlose Krieg und die Hungertragödie in Äthiopien, lassen die Weltgemeinschaft nach einer Führungsmacht auf dem Schwarzen Kontinent suchen. Alle Hoffnungen ruhen nach der Redemokratisierung auf Nigeria. Für den neuen Präsidenten bedeutet aber die Aufrechterhaltung der langen Tradition der Peacekeeping-Missionen Nigerias einen Spagat zwischen seinem eigenen Wunsch, das Land wieder zu einem Macht- und Friedensfaktor in der Region aufzubauen und damit den Wünschen des Auslandes zu entsprechen, und dem seiner Bevölkerung, die bereits im Wahlkampf den Rückzug nigerianischer Truppen aus Sierra Leone gefordert hatte. Im Übrigen wurde damals zumindest ein Teilabzug von Obasanjo auch versprochen.

Die zukünftigen Möglichkeiten Nigerias, eine führende Rolle bei der Lösung der zahlreichen Konflikte in Westafrika zu spielen, hängt sehr stark von seinem finanziellen Spielraum ab. Auf den letzten Konferenzen der Dritte-Welt-Länder in Kuba und auf dem EU-Afrika-Gipfel in Kairo forderte Obasanjo heftig einen Schuldenerlass. Auch die Vereinten Nationen, die mit ihrem Generalsekretär Kofi Annan ein Verbleiben Nigerias

an der Spitze von ECOMOG (Economic Community of West African States Monitoring Group) in den krisengeschüttelten Nachbarländern fordern, hat er um finanzielle Hilfe gebeten.

Immerhin hat Obasanjo den Nigerianern als erster Regierungschef Transparenz bei jeglichen militärischen Aktionen während seiner Amtszeit versprochen. Tatsächlich hat er unlängst Zahlen über die in Liberia seit 1990 umgekommenen Soldaten und über die Kosten der Peacekeeping-Einsätze veröffentlicht. Die seit Jahren auf eine Verbesserung ihres Lebensstandards hoffende Bevölkerung wird weitere staatliche Ausgaben für Kriseneinsätze in anderen Ländern kaum mehr dulden.

Hilfe kam bisher von Bill Clinton und Amerika. Clinton, der sich seit langem als einziger US-Präsident wieder für den geostrategisch und wirtschaftlich abseits stehenden afrikanischen Kontinent interessiert, versprach sofort nach der Inauguration der neuen Regierung, die wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten Nigerias verbessern zu helfen. Ein unlängst unterzeichnetes Handelsabkommen sowie das Ankurbeln von US-Investitionen waren die ersten Schritte. Außerdem hat US-Verteidigungsminister Cohen Militärhilfe zugesagt, zum einen für die dringend erforderliche Reorganisation des Militärs und zum anderen, um den Verbleib Nigerias in den vom Krieg traumatisierten Nachbarländern, allen voran Sierra Leone, abzusichern.

Die internen Faktoren für die gefährliche Entwicklung in Nigeria und anderen afrikanischen Ländern, wie jahrzehntelange Misswirtschaft und mangelnder Sinn für das Gemeinwohl, liegen auf der Hand. Dennoch erscheint es unverständlich, warum in den Zeiten der Globalisierung der Schwarze Kontinent insbesondere von Europa, das

für viele willkürlichen, über alle ethnischen und religiösen Trennungslinien hinweg gezogenen Grenzen verantwortlich ist, so vernachlässigt wird und viele Regierungen, wie leider auch die rot-grüne in Deutschland, den Entwicklungshilfetopf trotz gegenteiliger Wahlkampfversprechen ständig für andere Zwecke weiter plündern.

Nigeria vom Staatszerfall bedroht

Doch ob Nigeria diese Aufgaben wahrnehmen und gleichzeitig noch den Aufbau einer zivilen Gesellschaft sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verfolgen kann, ist seit den Ereignissen der letzten Monate mehr als nur infrage gestellt.

Schon kurz nach der Amtsübernahme Ende Mai 1999 erschütterten Unruhen zwischen radikalen Yoruba-Gruppen und der Minorität der Hausa im Südwesten das Land. Eine Woche später wiederholten sich fast dieselben Szenen in einer der bedeutendsten Städte des Nordens, in Kano, diesmal mit umgekehrten Vorzeichen als Racheakt der Hausa gegen die kleinere Yoruba-Gemeinde. In Straßenkämpfen kamen zahlreiche Menschen ums Leben. Nicht nur Kenner des Landes ahnten damals, wie steinig der Weg zu Frieden und Einigkeit noch werden würde.

Als Ende letzten Jahres der fast ausschließlich von Muslimen bewohnte nördliche Staat Zamfara die Sharia, das islamische Recht, offiziell einführte, blieb es noch ruhig im Land. Der Aufschrei kam erst, als Handamputationen und öffentliche Auspeitschungen bekannt wurden, und verstärkt, als Kaduna und andere nördliche Staaten dem Beispiel folgen wollten. In der zweitgrößten und wirtschaftlich bedeutenden Stadt des Nordens, Kaduna (Hauptstadt des Staates Kaduna), ein *melting pot* ver-

schiedener religiöser und ethnischer Gruppen, kam es im Februar zur Katastrophe. Zehntausende Christen protestierten in den Straßen gegen die Einführung der Sharia als allgemeines Strafrecht. Das islamische Recht regelte zwar schon seit langem das private Leben vieler Muslime, wie Heirat oder Scheidung, die Anwendung im öffentlichen Leben oder gar auf Nicht-Muslime war bisher jedoch tabu.

Die Demonstrationen endeten in blutigen Straßenschlachten, Niederbrennen von Häusern, Kirchen und Moscheen. Zehn Tage der Gewalt, im Verlauf derer Racheakte von Ibo im Südosten an Hausa folgten und mehrere Tausend ihr Leben ließen, erschütterten das Land. Der Präsident schwieg zunächst. Wieder musste er einen Spagat vollbringen, nämlich keine der ethnischen Gruppen zu verärgern. Daher gibt es von ihm auch keine eindeutige Aussage gegen die Sharia, außer der Aufforderung, sie nur im Zivilrecht und nicht auf Christen anzuwenden. Der ohnehin nicht von allen mitgetragene Beschluss der Gouverneure der Nordstaaten, die Sharia zu suspendieren, um das aufgewühlte Land zu beruhigen, kam zu spät. Schlagzeilen wie „Das Land nahe am Bürgerkrieg“, „Nigeria kurz vor dem Bruch“ und Schlagworte wie „Konföderation“ oder gar „Sezession“ beherrschten inzwischen die Diskussion. Noch nie seit dem Biafra-Krieg wird die mögliche Spaltung Nigerias so leidenschaftlich in aller Öffentlichkeit besprochen wie derzeit im Südosten bei den Ibo. Man kann schon fast von einer Biafra-Renaissance sprechen.

Eines der Hauptprobleme Nigerias, die Trennung des Landes in ethnische und religiöse Teile, scheint nach dem Ende der eisernen Diktatur der letzten Jahre mit voller Wucht wieder aufzubrechen. Als Europäer fühlt man sich an die ethnischen Zusam-

menstöße nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und die blutigen Balkankriege der jüngsten Vergangenheit erinnert.

Warnzeichen für die dramatische Entwicklung waren schon längst zu vernehmen. Bei der Diskussion um eine von vielen seit der Übergangsphase zur Demokratie geforderte neue Verfassung taucht das Wort „Sharia“ schon seit einiger Zeit auf, anfangs allerdings nur unter den radikalen Islamisten, die das Land in einen Gottesstaat umwandeln wollen. Zu dieser Gruppe werden die bedeutenden Emire nicht gezählt. Gründe für den tatsächlichen Durchbruch des islamischen Rechts lassen sich zum Teil auf den zurückgedrängten Einfluss der Hausa-Generäle (viele wurden von Obasanjo nach dem 29. Mai 1999 pensioniert) und deren Angst, ins Abseits gedrängt zu werden, zurückführen. Neid auf die im Handel überaus erfolgreichen Ibo und auf deren ressourcenreiches Land bestand ohnehin schon immer. Unterstützt wird die These von der Machtdemonstration des Nordens durch den Verdacht, dass die so genannte *Minna-Connection* die Pro-Sharia-Demagogen finanziell fördert. Die Militärs aus dem Norden könnten zusätzlich auch die jüngsten Enthüllungen und die – ursprünglich von Obasanjo auch abgelehnte – Verfolgung von Korruption und Verbrechen aus der Abacha-Ära und der folgenden Interimsperiode verärgert haben.

Die Zusammenstöße geben tribalistischen Politikern und religiösen Fanatikern neuen Aufwind. Zulauf erhalten sie von durch steigende Armut und Arbeitslosigkeit radikalisierte Jugendliche. Am deutlichsten macht sich diese Problematik seit Jahren im Nigerdelta bemerkbar. Obasanjo war sich bei Amtsantritt dieser schweren Hypothek durchaus bewusst und initiierte einen Entwicklungsplan für das Öldelta. Nunmehr

sollten dreizehn Prozent statt der bisher drei Prozent der Öleinnahmen dem Gebiet zugute kommen. Aber diese Maßnahme wie auch die von den ausländischen Ölfirmen, allen voran Shell, ins Leben gerufenen Strukturförderprogramme scheinen zu spät zu kommen. Außerdem hat das Parlament die Konkretisierung des Plans verzögert, da keine Einigung darüber erzielt werden konnte, welche Staaten zu den Begünstigten zählen sollen. Das Nigerdelta, eines der größten Flussdeltas der Erde, hat massive Umweltprobleme, die Bevölkerung ist verarmt und untereinander wegen Entschädigungszahlungen und Landrechte zerstritten. Die Zersplitterung wurde in der Vergangenheit nach dem Motto *divide et impera* gnadenlos instrumentalisiert, um die Ölgewinne aus dem Delta relativ ungestört abziehen zu können. Auch Obasanjo, die bürgerkriegsähnlichen Zustände hartnäckig leugnend, wusste die Gewaltausbrüche im Delta bisher nicht anders als seine Vorgänger, nämlich durch Militäreinsätze, vermeintlich in den Griff zu bekommen. Im Dezember letzten Jahres schickte er seine Armee wieder dorthin. Berichte von Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden drangen anschließend nach außen. Nach einem Jahr im Amt sieht sich der Präsident nun Forderungen nach einer Nationalkonferenz und nach Rückkehr zu einer „losen Föderation“ gegenüber. Jetzt macht sich bemerkbar, wovor Bürgerrechtsgruppen und Intellektuelle bereits vor den Wahlen gewarnt hatten: der Mangel einer neuen, von der demokratischen Regierung ausgearbeiteten Verfassung, die eine Strukturreform

des in 36 Staaten aufgeteilten Landes vorsieht. Die ständig anwachsende Zahl von Staaten hat nämlich keineswegs den Föderalismus, sondern vielmehr den Zentralismus gestärkt. In erster Linie die Gouverneure des Südens (south-south) rufen nach Rückkehr zu „true federalism“ mit mehr Mitspracherechten, Gleichheit und Gerechtigkeit. Eine Abspaltung wie im sezeptionswilligen Südosten steht dort nicht zur Debatte – noch nicht.

Auch die wirtschaftliche Aufbauarbeit ist gefährdet. Die Welle ethnischer und religiöser Gewalttaten, die Nigeria seit Mai letzten Jahres überzieht, hat eher zur Abschreckung ausländischer Investoren beigetragen als zu ihrer Anlockung. Viele Regierungen warnen wie schon früher vor Reisen in das westafrikanische Land. Die IMF-freundliche Politik Obasanjos mit ihrer Privatisierungsforderung hat bisher nur zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Wie lange Obasanjo die vielen Spagatübungen durchhalten kann, nicht zuletzt den Spagat zwischen den immer noch dominanten islamischen Haussa-Generälen und dem abspaltungswilligen Südosten, ist mehr als ungewiss. Sollten ihm diese sowie die Befriedung des Deltas nicht gelingen, könnte das Land in seinen Grundfesten erschüttert werden.

Im Moment stellt sich die Frage also kaum, wie sich Nigeria, dessen Zusammenhalt so bedroht ist wie seit den sechziger Jahren nicht mehr, als regionaler Machtfaktor in der Region etablieren kann. Westafrika mit seinem Giganten an der Spitze geht wieder einmal ungewissen Zeiten entgegen.